

Verhandlungsschrift

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates** der Marktgemeinde Aschach an der Donau, am
Dienstag, den 04.11.2025 um 19:00 Uhr.

Ort: **großer Sitzungssaal**

Anwesende

Vorsitzender

Bgm Mag Dietmar Groiss SPÖ

Mitglieder

GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ

Ersatzmitglieder

EGR Richard Haider	FPÖ	Vertretung für Frau Elisabeth Mayrhofer
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ	Vertretung für Hrn. Gillich Helmuth
EGR Rosa Schnell	GRÜNE	Vertretung für Herrn Johannes Wassermair
EGR Alfred Schöppl	SPÖ	Vertretung für Herrn Ing. Matthias Lucan
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE	Vertretung für Frau Mag. Marie Ruprecht-Wimmer

Amtsleiterin

Karin Rathmayr

Schriftführung

Anita Pröhl

Abwesende:

Mitglieder

GR Ing. Matthias Lucan	SPÖ	Entschuldigt
GR Mag. Marie Ruprecht-Wimmer	GRÜNE	Entschuldigt

GR Johannes Wassermair
GR Elisabeth Mayrhofer

GRÜNE Entschuldigt
FPÖ Entschuldigt

Der Vorsitzende begrüßt alle anwesenden Personen, Besucher und Zuhörer via Audiostream zur heutigen Sitzung und stellt fest, dass die Tagesordnung zeitgerecht zugestellt wurde. Gegen die Tagesordnung der Sitzung bestehen keine Einwände. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Tagesordnung:

2. Haushaltsgebarung

- 2.1. Bericht Prüfungsausschuss vom 30.09.2025

3. Verordnungen und Verträge

- 3.1. Nachtrag zum Übereinkommen W70 mit der via donau - Österreichische Wasserstraßen-GesmbH - Beratung und Beschlussfassung
- 3.2. Übertragungsverordnung gemäß § 43 Abs. 4 Z 4 OÖ GemO betreffend das Informationsfreiheitsgesetz die Zuständigkeit des Gemeinderates auf den Bürgermeister zu übertragen.
- 3.3. Liegenschafts Kaufvertrag Pointinger - Verkauf der ehem. Wurm-Gründe - Beratung und Beschlussfassung

4. Kindergarten und Schule

- 4.1. Mittagsverpflegung Volksschule und Kindergarten Aschach/Donau; Tarifierung ab 01.01.2026
- 4.2. Einrichtungsordnung für die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung Aschach an der Donau
- 4.3. Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Aschach/Donau; Anpassung der Elternbeiträge

5. Umweltangelegenheiten

- 5.1. Bestellung eines/einer Fahrradbeauftragten - Beratung und Beschlussfassung

6. Sozialangelegenheiten

- 6.1. Aufhebung der Tarifordnung von Essen auf Rädern
- 6.2. Ansuchen um soziale Unterstützung für Essen auf Rädern

7. Sonstiges

- 7.1. Nachwahlen SPÖ
- 7.2. Dienstbetriebsordnung 2025

8. Allfälliges

Protokoll:

2. Haushaltsgebarung

2.1 Bericht Prüfungsausschuss vom 30.09.2025

Bericht des Vorsitzenden:

Der Bericht zur Prüfungsausschusssitzung vom 30.09.2025 liegt vor (s. Dokumente).

Beratung:

Hr. Mag. Manuel Gaadt: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Fr. Dr. Wassermair Judith: Die Abrechnung der Wasser- und Kanalgebühren gestaltet sich grundsätzlich eindeutig. Sämtliche Wassermengen, die entweder über die Ortswasserleitung bezogen, von der Feuerwehr zur Befüllung von Pools bereitgestellt oder aus Hausbrunnen über die Hausabwasserleitung in den Kanal eingeleitet werden, sind zu erfassen, zu verrechnen und zu bezahlen. Die Verrechnung hat transparent und nachvollziehbar zu erfolgen.

Die Wasserzähler werden alle fünf Jahre gemäß gesetzlicher Vorschrift getauscht. Dies wird im Auftrag der Gemeinde durch die WDL durchgeführt. Im dabei verwendeten Auftragsbogen werden sämtliche Anlagedaten erhoben und die Richtigkeit der Angaben vom Kunden mit Unterschrift bestätigt.

Die Feuerwehr meldet etwaige Poolbefüllungen der Gemeinde, damit die Wasser- und Kanalgebühr entsprechend der Wassermenge eingehoben werden kann. Der Tarif für das Befüllen an sich sollte in der Tarifordnung der Feuerwehr ersichtlich sein.

Die Festlegung, welcher Ausschuss die Evaluierung der Abrechnungsmodalitäten übernimmt, ist noch vorzunehmen.

Vorsitzender: Am besten ist dies im Gemeindevorstand zu behandeln.

Antrag:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Wurde durch Erheben der Hand **zur Kenntnis genommen**.

3. Verordnungen und Verträge

3.1 Nachtrag zum Übereinkommen W70 mit der via donau - Österreichische Wasserstraßen-GesmbH - Beratung und Beschlussfassung

Bericht des Vorsitzenden:

In der Gemeinderatssitzung am 23. 6. 2025 wurde der vorzeitigen Kündigung einer Wiesenfläche, der Schmiede sowie der Info-Räumlichkeiten mehrheitlich zugestimmt. Aufgrund dieses Beschlusses wurde nunmehr ein Nachtrag zum Übereinkommen W70 seitens der viadonau vorgelegt, der die beschlossenen Änderungen beinhaltet. Der Nachtrag möge daher beschlossen werden.

Beratung:

Vorsitzender: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Fr. DI Paschinger Ina: Sie ist bei diesem Punkt befangen.

Fr. Dr. Wassermair Judith: Das Übereinkommen Nr. West 70 wurde am 1. Jänner 1999 zwischen der WSD (Wasserstraßendirektion - Wasserstraßenverwaltung West (jetzt viadonau) und der Marktgemeinde auf unbestimmte Dauer abgeschlossen. Es umfasst das Magazin (jetzt Museum), die Schmiede, die Schlosserei und die angrenzende Grünfläche. Damals wurde vermerkt, dass die WSD vom Kündigungsrecht nur bei Vorliegen wichtiger, im öffentlichen Interesse gelegener Gründe Gebrauch machen werde. Aber das ist Geschichte.

In der Juni-Gemeinderatssitzung wurde das Vorhaben der viadonau, die Schmiede und die Grünfläche aus dem Übereinkommen herauszulösen, behandelt. Die Kündigungsfrist sollte von sechs auf drei Monate verkürzt werden, da beabsichtigt war, schon im Herbst mit der Umsetzung der Pläne (Parkplatz anstelle von Grünfläche) zu beginnen. Nur die GRÜNE- Fraktion hat sich gegen die Kündigungsfrist- Verkürzung und insbesondere gegen den Verlust der Wiese an sich ausgesprochen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass eine Grünfläche, die die Gemeinde zur Verfügung hat und gestalten kann, so leichtfertig hergegeben wird.

Die GRÜNE-Fraktion ist gegen das Herauslösen der Grünfläche aus dem Übereinkommen und stimmt daher dem vorliegenden Nachtrag nicht zu.

Antrag:

Der zweite Nachtrag zum Übereinkommen W 70 soll beschlossen werden.

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen**.

Namentliche Abstimmung:

Ja (14)

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Alfred Schöppl	SPÖ

Nein (4)

GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
EGR Rosa Schnell	GRÜNE

EGR Erhard Wimmer
Befangen (1)
GR DI Ina Paschinger

GRÜNE
ÖVP

3.2 Übertragungsverordnung gemäß § 43 Abs. 4 Z 4 Oö GemO betreffend das Informationsfreiheitsgesetz die Zuständigkeit des Gemeinderates auf den Bürgermeister zu übertragen.

Bericht des Vorsitzenden:

Hinsichtlich des Oö. Informationsfreiheits-Anpassungsgesetz – Oö. IFAG bzw. des Informationsfreiheitsgesetzes – IFA (siehe beiliegendes Informationsschreiben der IKD) ist vorgesehen, dass das jeweilig zuständige Organ im Hinblick auf der Erlassung auch für alle Agenden im Zusammenhang mit Erledigungen nach diesen Gesetzesmaterien zuständig ist. Dies hat zur Folge, dass für alle vom Gemeinderat beschlossenen Dokumenten auch die Einsichtnahme nach Oö. IFAG bzw. IFA eines Gemeinderatsbeschlusses bedürfte. Aufgrund der sehr kurzen Fristen in den Verfahren, wird seitens der IKD empfohlen, die Agenden mittels gegenständlicher Verordnung auf den Bürgermeister zu übertragen. Damit wird gewährleistet, dass die Verfahren zeitgerecht und bürgerfreundlich erledigt werden können.

Beratung:

Vorsitzender: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Hr. Radler Thomas: Es wird sicher in jeder Gemeinde so gehandhabt werden. Die FPÖ wird auch zustimmen. Man wird sich jedoch bis zur nächsten Sitzung einen Antrag zum Thema Transparenz überlegen. Die Wohnungsvergaben wurden z.B. an den Bauausschuss übergeben. Vielleicht gibt es eine einfachere Möglichkeit.

Hr. Mst. Hofer Herbert: Gilt dies auf diese Periode des GMR oder unbegrenzt?

AL Rathmayr Karin: Auf unbegrenzt, da es sich um eine Verordnung handelt, die auf den Bürgermeister überträgt.

Hr. Radler Thomas: Es wurde im April 2023 die Bürgerfragestunde beschlossen. In dem Beschluss stand, dass nach einem Jahr Probezeit evaluiert werden soll, wie die Bürgerfragestunde angenommen wurde. Im Frühjahr wurde darauf im Gemeindevorstand hingewiesen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Er bittet diesem Beschluss Folge zu leisten.

Hr. Knierzinger Christoph BSc: Er wurde von Fr. Rathmayr darüber informiert. Da grundsätzlich der Arbeitskreis der Prüfungsausschuss ist, wurde bereits besprochen, dies im Anschluss an eine Sitzung zu erledigen. Nachdem der Prüfungsausschuss heuer mit den Sitzungen säumig war, hatte man bis dato noch keinen Termin.

Antrag:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Entwurf als Verordnung der Gemeinde beschließen.

Wurde durch Erheben der Hand **einstimmig beschlossen**.

3.3 Liegenschafts Kaufvertrag Pointinger - Verkauf der ehem. Wurm-Gründe - Beratung und Beschlussfassung

Bericht des Vorsitzenden:

Die ehemaligen Wurm-Gründe sollen an die Green Harmony Aschach GmbH verkauft werden, um auf diesem Grundstück betreute Wohneinrichtung zu errichten. Dieses Projekt Green Harmony wurde dem Gemeinderat bereits vorgestellt.

In den Kaufvertrag werden noch Kleinigkeiten eingearbeitet. Eine Endfassung liegt derzeit noch nicht vor, wird aber bis zur Gemeinderatssitzung vorliegen. Dem Amtsvortrag liegt daher noch eine zu überarbeitende Fassung bei.

Beratung:

Vorsitzender: Er erläutert den vorliegenden Punkt. Es gab vor der Sitzung noch eine kurze Fraktionsbesprechung, da der neue Vertrag erst heute übersendet wurde. Er erklärt nochmals kurz die Änderungen.

Fr. DI Paschinger Ina: Bevor der Gemeinderat den Bürgermeister bemächtigt, den uns vorliegenden Vertrag zum Verkauf der sogenannten „Wurm-Gründe“ abzuschließen, möchte ich folgende Information einholen.

Wurde sichergestellt, dass der Käufer liquide ist, sprich gibt es eine Finanzierungsbestätigung bzw. eine Bankgarantie und liegt diese vor?

Die Frage zielt darauf ab, dass der jährliche Verzugszinssatz mit 6% der Vertragssumme nicht utopisch hoch angesetzt wurde. Bei einem Verkaufspreis von € 283.920 entsprechen die 6% in etwa € 17.035,20, das sind für beispielsweise 4 Wochen Zahlungsverzug nur € 1.419,60.

Es ist im Vertrag festgehalten, dass die Gemeinde ein Rücktrittsrecht bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles hat, jedoch sollte allen klar sein, dass ein eventueller Rücktritt nicht so unkompliziert, wie es auf dem vorliegenden Schriftstück dargestellt wurde, abgewickelt werden kann. Die nicht erfolgte Indexierung des Verkaufspreises von € 130/m², kann aufgrund der eher stagnierenden Baugrundstückspreise akzeptiert werden.

Vorsitzender: Es liegt aktuell keine Bankgarantie vor und ist auch nicht üblich zu diesem Zeitpunkt. Der Weg zum Verkauf ist auch über die Bank erfolgt.

Hr. Radler Thomas: Die FPÖ würde den Punkt gerne vertagen. Der Vertrag in der Endfassung ist sehr kurzfristig gekommen. Man weiß noch nicht, wie es mit der Schule weitergeht. Ist eine Sanierung möglich, geht eine Sanierung oder muss ein Neubau erfolgen. Er hält es für fahrlässig, wenn man jetzt den Grund daneben verkauft, wenn man noch nicht weiß, was mit der Schule passiert. Man hätte dort die Möglichkeit, falls ein Neubau kommt, die Schule anders zu situieren. Es geht jetzt nicht um das Projekt oder den Standort an sich, sondern rein um den Grundverkauf, damit man sich Optionen offenhält. Zumindest bis die Bildungsdirektion eine Entscheidung gefällt hat. Er glaubt, dass es um ein paar Wochen mehr oder weniger nicht ankommt. Man hätte jetzt die Möglichkeit ein Zukunftsprojekt für unsere Kinder zu schaffen.

Vorsitzender: Es ist in diesem Jahr sehr viel passiert. Es wurde der Boden untersucht, es wurde das Grundstück vermessen usw. Dies hat alles Rechtsgültigkeit und es war klar, dass der Verkauf nicht früher stattfinden konnte. Er hält nichts von einer Vertagung. Der Verkauf ist budgetiert und sollte nicht hinausgezögert werden. Es gibt für die Schule sehr viele Optionen, man hat jedoch dort sehr viele Fläche zur Verfügung. Sollte es zu einem Neubau kommen, dann betrifft dieser beide Schultrakte und zum Neubau ist genug Fläche vorhanden, die denkbar wäre. Wenn es zu einem Neubau kommt, muss man natürlich auch genau überlegen, ob auch der Kindergarten verlegt wird. Dies ist jedoch unabhängig von dem Grund, der verkauft werden soll.

Hr. Vizebgm. Jäger Josef: Er findet es nicht in Ordnung, dass dies jetzt zur Diskussion steht. Die Wurm-Gründe und die Schule sind eigenständige Geschichten.

Hr. Thaqi Bekim: Es wurde bereits lange darüber diskutiert. Er ist auch der Meinung, dass diese beiden Sachen nichts miteinander zu tun haben. Man sollte den Verkauf beschließen.

Hr. Mst. Hofer Herbert: Die ÖVP findet das Projekt gut und man sieht auch keinen Grund für eine Verzögerung. Bezüglich Schule muss man sich dann genau beraten und eben auch bedenken, dass man den Kindergarten, wenn möglich integriert, um ein Bildungszentrum zu schaffen.

Antrag:

Diesem heutigen und neuen Entwurf soll zugestimmt werden.

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen**.

Namentliche Abstimmung:**Ja (14)**

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Rosa Schnell	GRÜNE
EGR Alfred Schöppl	SPÖ
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE

Nein (3)

GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ

Enthaltung (2)

GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP

4. Kindergarten und Schule

4.1 Mittagsverpflegung Volksschule und Kindergarten Aschach/Donau; Tarifierfassung ab 01.01.2026

Bericht:

In der Kulturausschusssitzung am 14.09.2023 wurde vereinbart, die Essenstarife kontinuierlich anzuheben, um den Abgang zu minimieren. Derzeit beträgt der Essenstarif für Kindergartenkinder seit 01.09.2024 € 4,80 und für Schulkinder € 5,20 und für separate Allergiekost € 8,50.

Von September 2024 bis Juli 2025 wurden für den Kindergarten 4768 Portionen und für die Volksschule 2428 Portionen zugestellt.

Die Transportkosten übernimmt die Gemeinde.

	Essens-Tarif ab 1.09.2025 Kulinario	Transportkosten pro Anlieferungstag seit 1.09.2025	Preis bei Kosten-deckung incl. Transport	Essens-Tarif seit 01.09.2024	Abgang 2024	empfohlener Essens-Tarif ab 1.01.2026
KIGA	€ 5,67	€ 47,36	€ 6,70 plus Personal-kosten	€ 4,80	€ 4.317,43	5,20
VS	€ 5,67	€ 47,36	€ 9,38 Inkl. Personal-kosten	€ 5,20	€ 18.103,191	5,60

Auskunft vom Kulinario bzgl. Essenstarif: „Die neuen Preise werden auf Basis der kollektiv vertraglichen Erhöhungen im Gastgewerbe und der Entwicklung der Lebensmittelpreise errechnet.

Beratung:

Fr. Frandl Ramona: Sie erläutert den vorliegenden Punkt.

Hr. Haider Richard: Die FPÖ ist grundsätzlich gegen so eine hohe Erhöhung der Essensbeiträge. Es gibt andere Arten, wo man einsparen könnte. Es wirft kein gutes Bild auf die Gemeinde, wenn man die Kinder u. Volksschüler dermaßen mehr belastet.

Hr. Ing. Peter Robert: Es wäre sicher besser, wenn man woanders einsparen könnte. Man sieht jedoch gut, wie man dies als Gemeinde immer unterstützt hat. Die Erhöhungen wurden auch mit der Leitung des Kindergartens und der Volksschule abgesprochen. Es wurde dort jeweils als OK befunden.

Vorsitzender: Es ist immer negativ, wenn man Elternbeiträge anheben muss, und man führt diese Diskussion immer. Dies sind Sozialleistungen, die die Gemeinde immer stützen muss, da es nie kostendeckend sein wird.

Fr. Dr. Judith Wassermair: Sie wäre dafür, dass man immer jährlich moderat erhöht, um nicht dann auf einen Schlag mehr zu erhöhen.

Es entsteht hier noch eine Diskussion.

Antrag:

Der Gemeinderat möge der Erhöhung der Mittagsverpflegungstarife für Volksschulkinder um €0,40, somit ab 1.1.2026 auf € 5,60 und für die Kindergartenkinder ebenfalls um € 0,40 ab 1.1.2026 auf € 5,20 zustimmen.

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen.**

Namentliche Abstimmung:

Ja (16)

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Rosa Schnell	GRÜNE
EGR Alfred Schöppl	SPÖ
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE

Nein (3)

GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ

4.2 Einrichtungsordnung für die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung Aschach an der Donau

Bericht des Vorsitzenden:

In der Kulturausschusssitzung vom 14.09.2025 wurde eine Erhöhung des Essenstarifes im Kindergarten vorberaten und nunmehr im Gemeinderat beschlossen.

Ab 01.01.2026 sollten folgende Tarife pro Portion gültig sein:

Normaltarif: € 5,20

Allergikertarif: € 8,90

Aufgrund der neuen Tarife muss die Einrichtungsordnung neu beschlossen werden.

Beratung:

Fr. Frandl Ramona: Sie erläutert den vorliegenden Punkt.

Antrag:

Der Gemeinderat möge die Einrichtungsordnung mit Gültigkeit ab 01.01.2026 beschließen.

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen**.

Namentliche Abstimmung:

Ja (16)

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Rosa Schnell	GRÜNE
EGR Alfred Schöppl	SPÖ
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE

Enthaltung (3)

GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ

4.3 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Aschach/Donau; Anpassung der Elternbeiträge

Bericht:

Die Nachmittagsbetreuung wird vom Hilfswerk geführt. Die Tarife der Elternbeiträge werden seitens der Gemeinde festgelegt.

	Abrechnung	Förderung	Differenz
2021	39.956,--	9.000,--	30.956,--
2022	14.993,--	9.000,--	5.993,--
2023	20.916,--	9.000,--	11.916,--
2024	35.082,--	9.000,--	26.082,--

Derzeitige Tarife für die Nachmittagsbetreuung/Monat:

	seit Einführung	Tarife ab 01.09.24
1 Tag	30,--	40,--
2 Tage	48,--	58,--
3 Tage	72,--	82,--
4 Tage	92,--	102,--
5 Tage	110,--	120,--

Es werden zusätzlich im Monat pro Kind € 2,-- für die Jause und € 3,-- für das Bastelmaterial verrechnet.

Neu seit dem Schuljahr 2024/2025 ist die 2 gruppige Führung der Nachmittagsbetreuung mit 34 Volksschulkinder.

Diese beiden Gruppen werden von 3 Personen geführt (Hortpädagoge, Kindergartenhelfer). Am Freitag wurde zusätzlich ein Betreuungsnachmittag mit einer Gruppe eingeführt. Die Betreuungsstunden haben sich um 20 Wochenstunden erhöht.

Beratung:

Fr. Frandl Ramona: Sie erläutert den vorliegenden Punkt.

Fr. Schlagintweit Anita: Warum macht man immer Fixbeträge? Wäre es nicht besser mit einem Prozentsatz zu erhöhen?

Hr. Radler Thomas: Er sieht auch den eher gravierenden Unterschied, ob man einen Tag Betreuung braucht oder mehrere. Er würde ersuchen, dies nochmals im Ausschuss zu überdenken.

Antrag:

Der Gemeinderat möge folgende Tarifanpassung ab 01.01.2026 beschließen.

	Empfohlene Tarife ab 01.01.26
1 Tag	42,--
2 Tage	60,--
3 Tage	84,--
4 Tage	104,--

5 Tage	122,--
--------	--------

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen**.

Namentliche Abstimmung:

Ja (15)

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Rosa Schnell	GRÜNE
EGR Alfred Schöppl	SPÖ
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE

Enthaltung (4)

GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP

5. Umweltangelegenheiten

5.1 Bestellung eines/einer Fahrradbeauftragten - Beratung und Beschlussfassung

Bericht des Vorsitzenden:

Die FahrRad Beratung OÖ ist ein Projekt des Verkehrsressorts des Landes OÖ und dem Klimabündnis OÖ, das Gemeinden und Regionen seit dem Jahr 2008 angeboten wird. Bereits mehr als 170 Gemeinden haben das Beratungsprogramm in Anspruch genommen.

In 4 Terminen vor Ort wird eine **Fahrradstrategie** mit konkreten Maßnahmen in den Handlungsfeldern Bewusstseinsbildung, Rahmenbedingungen und Infrastruktur erarbeitet.

- ☒ **Start-Workshop:** Analyse und Ermittlung der Potentiale des Radverkehrs in der Gemeinde
- ☒ **Rad-Lokalausweis:** Besichtigung der örtlichen Radinfrastruktur mit Video- Dokumentation
- 3. Infrastruktur-Workshop:** Ausarbeitung von Maßnahmen für die örtliche Radinfrastruktur
- 4. Aktions-Workshop:** Ausarbeitung von Maßnahmen für Organisation und Kommunikation

Die Gemeinde stellt ein Team bestehend aus Vertreter: innen der Gemeindepolitik, der Gemeindeverwaltung und Alltagsradler:innen aus der Gemeindebevölkerung zusammen. Diese Gruppe soll an den 4 Workshop-Terminen teilnehmen. Dabei ist nicht so sehr die Gruppengröße entscheidend, sondern die ausgewogene Mischung und die Teilnahme der relevanten Personen (Bürgermeister:in, Amtsleitung, Bauabteilung, Gemeindevorstand, Ausschüsse, Alltagsradfahrer: innen).

Zwei der angeführten Workshops wurden bereits durchgeführt. Ein zentraler Schritt der FahrRad Beratung ist, dass die Gemeinde eine:n Radbeauftragte:n ernannt und als Ansprechperson und Koordinator:in für Belange rund ums Radfahren zur Verfügung steht.

Beim letzten Workshop bekundete eine Teilnehmerin ihr Interesse bezüglich Radbeauftragte. Der Gemeinderat möge somit **Frau Jill Langenveld** als Radfahrbeauftragte bestellen.

Beratung:

Vorsitzender: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Hr. Mag. Gaad Manuel: Grundsätzlich ist es begrüßenswert, dass sich ein Bürger dafür einsetzt. Beim ersten Workshop kam schon der Hinweis, jemanden damit zu beauftragen. Er hat es so in Erinnerung, dass es nicht zwingend jemand aus der Bevölkerung sein muss, sondern auch jemand vom Gemeindeamt sein könnte. Es gibt verschiedene Vor- und Nachteile. Man muss auch darauf achten, dass diese Person keinen politischen, aber auch keinen vertraglichen Handlungsspielraum hat.

Es muss sowieso wieder über den Gemeinderat oder ein entsprechendes Gremium eine Entscheidung getroffen werden. Der Ausschuss kann sich jederzeit Auskunftspersonen oder Expertisen einholen.

Es gibt hier keinen Zusammenhang mit dem Fahrradtourismus. Es geht hier um Sicherheit und um Verbesserungen. Es wird hier aber viele Querschnittsmaterien mit baulichen Angelegenheiten geben, wo auch der Bauausschuss integriert werden muss. Die FPÖ ist hier skeptisch, dass es ausgelagert wird, sondern es sollte eher ein Zusammenspiel mit Auskunftspersonen und Ausschüssen sein.

Die FPÖ-Fraktion stellt daher folgenden **Gegenantrag:**

Die Agenden eines Fahrradbeauftragten sollen im Bauamt der Gemeindeverwaltung zugeordnet werden und weiterführend dieser gegeben falls unter Einbindung von fachkundigen Bürgern im zuständigen Bauausschuss behandelt werden.

Fr. Dr. Wassermair Judith: Sie versteht es nicht ganz. Wenn man eine Fahrradbeauftragung hat, wird diese ja automatisch eingebunden und auch in Sitzungen oder Ausschüssen eingeladen.

Vorsitzender: In diesem Fall geht es genau darum, dass es jemand von der Bevölkerung ist, dem dies ein Anliegen ist. Der Bauausschuss ist auch für Verkehrsagenden zuständig, den braucht man nicht extra einrichten. Es wird auch keine Fahrradbeauftragte aus der Bevölkerung eine

Trassenführung eines Radweges planen und finanzieren. Daher ist auch der Bauausschussobmann bei diesen Besprechungen dabei und auch der Bauamtsleiter.

Es entsteht hier noch eine längere Diskussion.

Abstimmung des Gegenantrages:

Für den Antrag stimmt die gesamte FPÖ-Fraktion

Gegen den Antrag stimmen die gesamte SPÖ-Fraktion, die gesamte Grün-Fraktion, Hr. Mst. Hofer Herbert, Hr. Knierzinger Christoph BSc, Fr. Schlagintweit Anita, Fr. Hirschberg Petra.

Fr. DI Paschinger Ina enthält sich der Stimme.

Der Gegenantrag der FPÖ ist somit nicht angenommen.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge Fr. Jill Langeveld als Radfahrbeauftragte bestellen.

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen.**

Namentliche Abstimmung:

Ja (16)

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Rosa Schnell	GRÜNE
EGR Alfred Schöppl	SPÖ
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE

Enthaltung (3)

GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ

6. Sozialangelegenheiten

6.1 Aufhebung der Tarifordnung von Essen auf Rädern

Bericht des Vorsitzenden:

Seit 01.10.2025 wird die Koordination von EAR (An- und Abmeldung, Verrechnung) direkt von den neuen EAR-Anbietern abgewickelt.

Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die bestehende Tarifordnung für EAR von der Gemeinde aufgehoben wird.

Beratung:

Vorsitzender: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Hr. Radler Thomas: Momentan ist es ziemlich verwirrend, was mit Essen auf Rädern passiert. Er hat einiges zusammengefasst. Am 17.04.2025 wurde eine einstimmige Empfehlung für das Gasthaus Silvia ausgesprochen. Am 03.06.2025 wurde im Gemeindevorstand durch den BGM bei All-fälligem dies erwähnt und es sollte ein Grundsatzbeschluss im GMR gefällt werden bezüglich Gasthaus Silvia. Am 23.06.2025 war ein Bericht vom BGM im Gemeinderat und es wurde der Grundsatzbeschluss einstimmig gefasst. Am 10.07.2025 wurde in der Sozialausschusssitzung nochmals über die Gespräche informiert. Dies fand dann am 15.07.2025 zwischen RK und den BGM aus Aschach und Hartkirchen statt. Am 17.07.2025 fand ein Fraktionsgespräch statt, welches kurzfristig einberufen wurde. Es wurde hier erklärt, dass man den einstimmigen Beschluss nicht umsetzen kann. Lt. Wissen der FPÖ besteht ein Vertrag mit dem RK, der 2004 vom GMR beschlossen wurde. Vom GMR wurde anscheinend nie eine Auflösung des Vertrages beschlossen. In diesem Vertrag sind klare Regelung bezüglich der Kündigung festgehalten. Die FPÖ weiß nicht, ob dies geschehen ist. Es liegt ein Schreiben vor, welches besagt, dass die Vereinbarung auf Wunsch der Gemeinden Aschach und Hartkirchen per 31.09.2025 aufgelöst wird. Den 31.9.2025 gibt es im Kalender jedoch gar nicht. Wer hat diesen Wunsch geäußert? Vor ca. 2 Jahren wurde auch in Schulungen, Kleidung usw. investiert beim RK. Was passiert mit diesem Aschacher Steuergeld?

Vorsitzender: Er möchte diesen massiven Angriff auf die sorgfältige Arbeit nicht im Raum stehen lassen. Es gehört richtiggestellt, dass man nicht eine Vereinbarung auflöst, die man 2004 mit dem RK beschlossen hat, sondern die Tarifordnung, die nunmehr keine Anwendung mehr hat. Die Vereinbarung auf welche sich die FPÖ bezieht, hat das RK vor einem Jahr bereits aufgelöst.

Hr. Radler hat die Chronologie sehr schön genannt. Bei einem wichtigen Termin, der – stimmt – sehr kurzfristig einberufen wurde und von der FPÖ niemand anwesend war, verliert der Vorsitzende, was hier besprochen wurde.

Es stimmt nicht, dass man sich nicht an den Beschluss hält oder nicht alles versucht hat, dass man eine gute Lösung findet.

Es entsteht hier noch eine Diskussion.

Hr. Radler Thomas: Für ihn ist die Info relevant, dass der Vorsitzende erwähnte, dass im letzten Jahr die Kündigung mit dem Roten Kreuz erfolgte.

Vorsitzender: Man hat jetzt nochmal nachgesehen, das stimmt nicht. Das war eine falsche Aussage von ihm.

Antrag:

Der Gemeinderat möge die Aufhebung beschließen.

Wurde durch Erheben der Hand **mehrheitlich beschlossen**.

Namentliche Abstimmung:

Ja (16)

Bgm Mag Dietmar Groiss	SPÖ
GR Ramona Frandl	SPÖ
Vzbgm. Josef Jäger	SPÖ
GR DI Ina Paschinger	ÖVP
GR Ing. Robert Peter	SPÖ
GR MSc Bed Uwe Pögl	SPÖ
GR BA Petra Hirschberg	ÖVP
GV Mst. Herbert Hofer	ÖVP
GR BSc Christoph Knierzinger	ÖVP
GR Anita Schlagintweit	ÖVP
GR Bekim Thaqi	GRÜNE
GV Dr. Judith Wassermair	GRÜNE
EGR Ing. Mario Preinsberger	SPÖ
EGR Rosa Schnell	GRÜNE
EGR Alfred Schöppl	SPÖ
EGR Erhard Wimmer	GRÜNE

Enthaltung (3)

GR Mag. Manuel Gaadt	FPÖ
GV Thomas Radler	FPÖ
EGR Richard Haider	FPÖ

6.2 Ansuchen um soziale Unterstützung für Essen auf Rädern

Bericht des Vorsitzenden:

Seit 01.10.2025 besteht die Möglichkeit EAR entweder von der Küche St. Teresa oder vom Gasthaus Silvia zu beziehen.

Ein Sozialtarif, der wie bisher von der Gemeinde geführt wurde, wird von den Küchen nicht mehr angeboten.

Daher hat sich der Sozialausschuss dafür ausgesprochen, dass EAR-Bezieher aus Aschach, die Ausgleichzulagenbezieher sind (gleiches Kriterium wie bisher), weiterhin eine Unterstützung erhalten sollen.

Der Sozialausschuss hat sich für folgende Vorgehensweise ausgesprochen:

- Zuschuss in Höhe von € 1,40 pro Portion rückwirkend ab 10/2025 bis auf Widerruf
- Angebot gilt für Bezieher von beiden Küchen
- Auszahlung nach Antragsstellung pro Quartal im Nachhinein
- Geltende Richtlinien lt. Ansuchen
- Bewerbung in der Gemeindezeitung bzw. Verteilung des Ansuchens durch die Küchen für bestehende und hinzukommende Bezieher

Beratung:

Fr. Schlagintweit Anita: Sie erläutert den vorliegenden Punkt.

Hr. Radler Thomas: Er findet dies als gute Lösung, weil auch beide Anbieter berücksichtigt werden.

Antrag:

Der Gemeinderat möge die Errichtung einer sozialen Unterstützung in oben angeführter Form beschließen.

Wurde durch Erheben der Hand **einstimmig beschlossen**.

7. Sonstiges

7.1 Nachwahlen SPÖ

Bericht des Vorsitzenden:

Aufgrund des Wegzuges von Herrn Schrenk Michael ist eine Nachwahl in folgende Gremien notwendig:

- Nachwahl in den Umweltausschuss: Fr. Groiss Christa und Ersatz Hr. Ing. Peter Robert
- Verbandsversammlung BAV – Ersatz: Hr. Ing. Peter Robert
- Wegeerhaltungsverband - Ersatz: Hr. Ing. Preinsberger Mario

Beratung:

Hr. Ing. Peter Robert: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Antrag:

Mittels Fraktionswahl der SPÖ soll über diese Nachwahlen abgestimmt werden.

Wurde durch Erheben der Hand **einstimmig beschlossen**.

7.2 Dienstbetriebsordnung 2025

Bericht des Vorsitzenden:

Angesichts der durch das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bzw. das Oö. Informationsfreiheits-Anpassungsgesetz (Oö. IFAG) mit 01.09.2025 in Kraft getretenen Änderungen wurde die Dienstbetriebsordnung (DBO) vom Oberösterreichischen Gemeindebund überarbeitet.

Insbesondere wurden die enthaltenen Regelungen zur bisherigen Amtsverschwiegenheit (siehe § 10) an die Bestimmungen zur neuen Geheimhaltungsverpflichtung angepasst.

Beratung:

Vorsitzender: Er erläutert den vorliegenden Punkt.

Hr. Radler Thomas: Wie schon bereits mehrmals angesprochen, hätte er sich gewünscht, dass die Änderungen in einer Gegenüberstellung vorgelegt werden.

Antrag:

Der Gemeinderat möge die vorliegende Dienstbetriebsordnung beschließen.

Wurde durch Erheben der Hand **einstimmig beschlossen**.

8. Allfälliges

- Vorsitzender: Am 7.11. findet wieder ein Workshop mit unserer Partnergemeinde Obernzell statt. Er bittet um rege Teilnahme.
- Vorsitzender: Der Gemeindevorstand wurde in der letzten Sitzung darüber informiert, dass das statische Gutachten über die Deckenbeschaffenheit nunmehr eingelangt ist. Die ursprüngliche Schadklasse 4-5 wurde herabgesetzt auf Schadklasse 4. Es ist das komplette Gebäude betroffen. Mittelfristig muss die Decke saniert werden. Es wurden bereits einige Vorschläge zur Sanierung vorgelegt. Es findet in Kürze eine Besprechung mit der Bildungsdirektion statt, um genauere Informationen zu erhalten. Es kommen hier noch große Entscheidungen auf die Gemeinde zu.

- Hr. Wimmer Erhard: Hinweis zum Agendapunkt 4.1 „Geldmittel Impfkampagne für das Jugendprojekt“ in der GR-Sitzung vom 23.9. 2025. In der ursprünglichen Sitzung wurde nur die Budgetzuweisung an den Sozialausschuss beschlossen, nicht die konkrete Projektzuwendung. Dieser Formfehler wurde mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 23. September behoben.

Aus Respekt vor den ehrenamtlichen Projektmitgliedern und den Jugendlichen möchten wir die Fakten zum Jugendprojekt klarstellen:

- Das Projekt Jugendraum ist Teil von Agenda 21, öffentlich dokumentiert und seit April 2024 in enger Abstimmung mit Gemeinde, Sozialausschuss, Volksschule und weiteren Partnern in Umsetzung.
- Projektfortschritt und Budget wurden mehrfach im Sozialausschuss behandelt; alle Fraktionen, auch die FPÖ, waren eingebunden.
- Das Konzept wurde insgesamt dreimal digital an alle Fraktionen verteilt.
- Standortwahl und Kostenübersicht sind transparent in diesem Konzept dokumentiert

Die in der Sitzung vorgebrachten Aussagen, es gäbe „kein Konzept“, „irgendetwas sei bestellt“ oder „der Pavillon werde irgendwo in die Wiese gebaut“, sind daher nachweislich falsch.

Hr. Radler Thomas: Diese Aussagen sind aus Sicht der FPÖ nicht falsch. Man hat sich dies sehr wohl überlegt. Es war damals nicht klar, ob ein Konzept vorliegt oder nicht.

- Fr. DI Paschinger Ina: Wo entsorgt der Wirtschaftshof die Blätter? Da es vor der Grün-Box extrem aussieht.

Fr. AL Rathmayr: Wenn in Aschach gearbeitet wird, wird es in Aschach entsorgt. Hat man gesehen, dass dies der Wirtschaftshof war? Denn normalerweise räumt dies der Wirtschaftshof weg.

- Fr. DI Paschinger Ina: Am 6.12. kommt wieder der Nikolaus für die Kinder und sie lädt dazu sehr herzlich ein.

- Fr. Frandl Ramona: Die Bezirksrundschau hat einen Bericht gebracht, dass im Oktober der letzte Schmankerl-Markt stattfindet. Es findet jedoch auch am 29.11.2025 noch ein Markt statt.

- Hr. Radler Thomas: Er bedankt sich bei den Zuhörern für die positiven Rückmeldungen, die man für die Aufstellung der Street Buddys bekommen hat. Diese wurden zur Sicherheit der Kinder aufgestellt.

Es wurde dies bereits mehrmals im Bauausschuss besprochen, wo das Thema aufgezeigt wurde, dass es viele „Vorsicht Kinder“-Tafeln im Gemeindegebiet gibt, diese jedoch teilweise nicht mehr lesbar sind. Er bittet nochmals, dass diese Tafeln erneuert werden.

- Fr. Dr. Wassermair Judith: Die GRÜNE- Fraktion hat mehrfach darauf hingewiesen, dass durch die auf diese Weise erfolgte Parzellierung der Auer-Gründe sich die Verkehrssituation am Sommerberg deutlich verschlechtern wird. Der jetzige Plan sieht nämlich eine Zufahrt für zwei Parzellen vor, die unmittelbar nach einer Kurve und bei einer Steigung von 19 % sein wird. Wenn man von unten kommend zu diesen zwei Grundstücken will, muss man nach der scharfen, unübersichtlichen Rechtskurve nach links abbiegen und gegebenenfalls bei Gegenverkehr von oben direkt nach der Kurve stehen bleiben. Hier ist eine Unfallhäufung zu erwarten. Unabhängig von dieser so geschaffenen Gefahrensituation muss ein Radstreifen markiert werden.
- Hr. Ing. Peter Robert: Am 11.11. beginnt der Fasching und die Gilde lädt wieder zur Schlüsselübergabe am Gemeindeamt um 11:11 statt.
- Hr. Radler Thomas: Er bedankt sich bei Ing. Robert Peter, da er die Präsidentschaft der Gilde übernommen hat und wünscht ihm alles Gute.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21:10 Uhr.

Gemeinderat:

.....
(Vorsitzender) (Schriftführer)

Aschach/Donau, am

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die Während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die Letzte Sitzung vom wurden keine Einwendungen erhoben:

.....
(Gemeinderat) (Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom **keine Einwendungen** erhoben wurden, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Aschach/Donau, am

Der Vorsitzende

.....